

Satzung

"Dachverband Geistiges Heilen e.V. (DGH)"

Stand 6.9.1998

§ 1 Name des Vereins, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen "Dachverband Geistiges Heilen e.V. (DGH).

Der Verein hat seinen Sitz in Heidelberg und ist ins Vereinsregister einzutragen.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Ziel/Zweck des Vereins

Der DGH verfolgt als übergeordnete Organisation im Namen seiner Mitgliedsorganisationen und Einzelmitglieder folgende Ziele und Aufgaben:

Förderung der allgemeinen Toleranz in der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege, in wissenschaftlicher, rechtlicher und weltanschaulicher Hinsicht und der beruflichen Bildung von Personen, die ohne gesetzlich definiertes Berufsbild in diesen Bereichen tätig sind. Im Hinblick auf die internationale Verbreitung geistiger Formen des Heilens schließt dies auch die Förderung internationaler Gesinnung ein. Die genannten Ziele werden wie folgt konkretisiert und umgesetzt:

Einbeziehung geistigen Heilens (im Sinne einer Genesungshilfe auf geistigem Wege) in das Gesundheitswesen, im Rahmen des rechtlich Möglichen, nach dem Modell mehrerer anderer europäischer und außereuropäischer Staaten (z.B. Großbritannien, Norwegen, Schweiz, Südafrika). Aufklärung der Öffentlichkeit über die Möglichkeiten und Grenzen geistiger Genesungshilfe (d.h. eines Hilfsdienstes auf geistigem Wege z.B. durch Gebet und Meditation etc.)

Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch Schutz von Heilungssuchenden vor Personen, die mit Erfolgsgarantien unter Vortäuschung ärztlicher Kenntnisse und Fähigkeiten diese Heilungssuchenden von notwendigen medizinischen Maßnahmen abhalten, deren Gesundheit gefährden, sie finanziell ausbeuten und in psychische Abhängigkeit bringen.

Beratung von Heilungssuchenden und deren Angehörigen über geistige Genesungshilfen im Sinne eines Verbraucherschutzes.

Erarbeitung und Durchsetzung eines ethischen Verhaltenskodex, an dem Heilungssuchende im Sinne eines ergänzenden Verbraucherschutzes seriöse Genesungshelfer von Scharlatanen unterscheiden können. Der Verhaltenskodex soll Richtlinien für das persönliche Auftreten und das finanzielle Gebaren der Genesungshelfer enthalten. Er verbietet u.a., Hilfesuchende vom Gang zum Arzt abzuhalten bzw. Sie zum Abbruch laufender ärztlicher Behandlungen zu veranlassen, Diagnosen zu stellen, Heilungen zu versprechen, Vorkasse zu verlangen, medizinische Kenntnisse und Fertigkeiten vorzutäuschen, irreführende Titel und Berufsbezeichnungen zu verwenden.

Förderung der Zusammenarbeit zwischen geistigen Genesungshelfern, Ärzten und anderen in Heilberufen tätigen Personen.

Durchführung und Förderung von Forschungsprojekten über Bedingungen und Wirkungen geistiger Genesungshilfe (z.B. demoskopische Erhebungen, Feldstudien, Tests und Experimente), sowie deren medizinisch-wissenschaftliche Dokumentation.

Ausbildungs- und Prüfungsangebote in geistiger Genesungshilfe.

Hilfe für Ausübende geistiger Genesungshilfe.

Die vorgenannten Tätigkeiten werden von den natürlichen Mitgliedern des Vereins oder den Mitgliedern der Mitgliedsvereine durchgeführt, bei erlaubnispflichtigen Tätigkeiten jedoch nur von Personen, die die erforderliche Erlaubnis besitzen.

Für die beabsichtigten Veranstaltungen werden geeignete Räumlichkeiten angemietet, solange der Verein keine ausreichenden Mittel zum Erwerb eigener Räume hat.

Die Information der Öffentlichkeit erfolgt über Pressekonferenzen, schriftliche und mündliche Verlautbarungen der Vereinsorgane in örtlichen und überörtlichen Zeitschriften, in Funk- und Fernsehsendungen, über einen regelmäßigen Presseinformationsdienst sowie eine Verbandszeitschrift.

Diese Ziele und Aufgaben sowie Art und Umfang ihrer Durchführung im einzelnen und im Verhältnis zueinander stehen unter dem Vorbehalt, daß sie auch gemeinnützig im Sinne des § 3 sind.

§ 3 Gemeinnützigkeit

Der DGH verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.

Der DGH ist politisch und konfessionell neutral.

Der DGH ist selbstlos tätig, er verfolgt keine wirtschaftlichen Zwecke.

Mittel des DGH dürfen ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Zuwendungen aus Mitteln des Vereins an Mitglieder sind ausgeschlossen. Eine Auslagenerstattung im steuerlich unbedenklichen Umfang ist jedoch möglich. Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Mitgliedschaft

Mitglied können Gemeinschaften (sogenannte nicht-rechtsfähige Vereine) und/oder juristische Personen sowie natürliche Personen werden.

Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.

Es gibt aktive und fördernde Mitglieder sowie Ehrenmitglieder.

Aktive Mitglieder sind alle, die zum Zeitpunkt des Beitritts aktiv in geistiger Genesungshilfe tätig sind.

Fördernde Mitglieder sind all diejenigen, die die Ziele und Zwecke des DGH durch Spenden oder andere Leistungen fördern möchten.

Zum Ehrenmitglied können Personen ernannt werden, die sich in besonderer Weise um den DGH verdient gemacht haben. Für deren Ernennung ist der Vorstand oder eine von ihm benannte Ehrenkommission zuständig.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben die gesetzlichen und satzungsgemäßen Rechte und Pflichten. Sie sind insbesondere berechtigt, an allen offenen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.

Darüber hinaus haben sie das Recht, gegenüber dem Vorstand Anträge zu stellen.

Aktive und fördernde Mitglieder sind zur fristgerechten Zahlung der Mitgliedsbeiträge verpflichtet.

Ehrenmitglieder sind unter Beibehaltung sämtlicher anderer Rechte und Pflichten von der Beitragszahlung befreit.

Alle Mitglieder sind verpflichtet, den DGH und seine satzungsgemäßen Zwecke in ordentlicher Weise zu fördern und zu unterstützen.

§ 6 Beginn und Ende der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft von Einzelpersonen beginnt mit Annahme eines schriftlichen Aufnahmeantrages durch die Geschäftsstelle oder ein Vorstandsmitglied des Vereins. Die Mitgliedschaft von juristischen Personen beginnt mit Annahme durch Vorstandsbeschluss.

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder Tod des Mitglieds, bzw. bei Gemeinschaften oder juristischen Personen durch deren Auflösung.

Ein Austritt kann jederzeit gegenüber dem Vorstand oder der Geschäftsstelle erklärt werden.

Der Ausschluß eines Mitglieds mit sofortiger Wirkung kann ausgesprochen werden, wenn das Mitglied in grobem Maße gegen die Satzung, den Satzungszweck, den

Verhaltenskodex oder in sonstiger Weise gegen die Interessen des DGH verstößt. Über den Ausschluß eines Mitglieds entscheidet der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit.

Dem Mitglied ist unter Fristsetzung von 4 Wochen Gelegenheit zu geben, sich gegenüber dem Vorstand oder einer für diesen Zweck vom Vorstand berufenen Kommission zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern. Diese Kommission regelt auch die Voraussetzungen für weitere Sanktionen und deren Durchführung.

Die Mitgliedschaft endet ohne besonderes Verfahren, wenn ein Mitglied mit mehr als einem Jahresbeitrag länger als 3 Monate im Rückstand ist.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedsverhältnis. Eine Rückgewähr von im voraus gezahlten Beiträgen für das laufende Jahr, Spenden oder sonstigen Unterstützungsleistungen ist ausgeschlossen. Der Anspruch des Vereins auf rückständige Beitragsforderungen bleibt hiervon unberührt.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird durch den Vorstand oder eine durch denselben eingesetzte Kommission festgesetzt.

Jahresbeiträge sind auch bei Eintritt während des Geschäftsjahres, mit dem Eintritt anteilig fällig.

§ 8 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

Der Vorstand

Die Mitgliederversammlung

Die Organe können sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 9 Der Vorstand

A) Der Vorstand besteht aus:

1. jeweils einem Vertreter der Mitgliedsvereine
2. dem gewählten Vertreter der Einzelmitglieder
3. den Leitern der einzelnen Kommissionen
4. den Gründern und Initiatoren des DGH, sofern diese nicht schon unter 1, 2, oder 3 Mitglied des Vorstandes sind.

Als Gründer und Initiatoren des DGH im Sinne dieser Satzung gelten:

Dagobert Göbel,

Gabriele Kistler,

Heiko Poppinga,

Klaus D. Schlapps,

Hubertus M. Schweizer,

Vereine, die Ehrenmitglieder oder fördernde Mitglieder sind, sind nicht automatisch im Vorstand vertreten.

Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt vor allen Dingen die Wahl zu den einzelnen Ämtern im Vorstand und das Verhältnis zwischen Vorstand und Kommissionen.

Als Kommissionen im Sinne der Satzung gelten auch Arbeitsbereiche und andere Funktionen, mit deren Wahrnehmung einzelne Personen vom Vorstand beauftragt werden.

B) Folgende Ämter kennt der Vorstand:

1. den ersten Vorsitzenden
2. den zweiten Vorsitzenden
3. den Schriftführer
4. den Schatzmeister
5. die Leiter der Kommissionen

Der Vorstand besteht mindestens aus vier Mitgliedern. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder ist nach oben nicht begrenzt.

Nur die unter B) Nr.1 bis 4 genannten Vorstandsmitglieder sind Vorstandsmitglieder nach § 26 BGB und je einzeln zur Vertretung befugt. Der Vorstand kann die Vertretungsmacht nach innen durch die Geschäftsordnung beschränken.

Sitzungen des Vorstands finden bei Bedarf statt oder wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder dies verlangen. Im übrigen sollen Vorstandssitzungen möglichst einmal im Quartal durchgeführt werden. Die Geschäftsordnung regelt die Einberufung von Vorstandssitzungen, Form und Frist der Einberufung, Abstimmungsmodalitäten sowie die Beschlußfähigkeit.

C) Automatisch Mitglied im Vorstand sind mit Annahme des Amtes:

1. die von den Mitgliedsvereinen zu diesem Zweck bestimmten Vertreter; ansonsten die gewählten ersten Vorstände eines Mitgliedsvereines;
2. der von den natürlichen Personen unter den Mitgliedern gewählte Vertreter;
3. die Gründer und Initiatoren des DGH, sofern diese nicht schon unter 1 und 2 Mitglied des Vorstands sind;
4. die vom Vorstand gewählten Leiter der Kommissionen, sofern diese nicht schon unter 1, 2 oder 3 Mitglied des Vorstand sind.

Sämtliche Mitglieder des Vorstands unterliegen den Bestimmungen der Satzung, der satzungsgemäßen Verordnungen und dem Verhaltenskodex.

D) Ein Vorstandsmitglied scheidet aus dem Vorstand spätestens aus

- mit Abwahl oder Abberufung durch den Mitgliedsverein, wenn es Vorstandsmitglied gem.

§ 10 Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung vertritt die Interessen aller Mitglieder, die natürliche oder juristische Personen sind.

A)

Die natürlichen Personen unter den Mitgliedern wählen ein Vorstandsmitglied, das im Rahmen der sonstigen Satzung jene Mitglieder repräsentiert, die natürliche Personen sind.

Grundlegend für die Wahl dieses Vorstandsmitglieds ist die Geschäftsordnung des Vorstands, der den Wahlmodus festlegt.

B)

Aufgaben der gesamten Mitgliederversammlung sind insbesondere:

1. Entgegennahme des Kassenberichts und Entlastung des Vorstands.
2. Eingabe der Mitgliederanträge an den Vorstand.
3. Eingabe von Wahlvorschlägen für die Ämter des Vereins.
4. Entgegennahme von Anträgen zu Satzungsänderungen.
5. Beschlußfassung über alle vom Vorstand unterbreiteten Aufgaben und Anträge.
6. Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins.

Die Mitgliederversammlung trifft sich mindestens einmal jährlich und wird vom Vorstand einberufen. Der Vorstand hat die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung spätestens 4 Wochen vor der Versammlung schriftlich einzuladen.

Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind schriftlich niederzulegen und von mindestens einem Vorstandsmitglied und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 11 Geschäftsführung, Durchführungsvorschriften

Jedes Organ und jede Einrichtung des DGH kann sich unter Zugrundelegung der Satzung eine Geschäftsordnung oder Durchführungsverordnungen geben.

Bestehende Geschäftsordnungen und Durchführungsvorschriften gelten mit Bekanntgabe für alle Mitglieder. Der Vorstand regelt die Form der Bekanntgabe.

§ 12 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweckes ist das Vermögen des Vereins in gleicher Weise wie in der Satzung vorgegeben für die selben Zwecke gemeinnützig zu verwenden. Vor Beschlußfassung ist eine Stellungnahme des Finanzamtes einzuholen.